

Peru vor den Wahlen 2000: Fujimori und kein Ende?

Steinhauf, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinhauf, A. (2000). *Peru vor den Wahlen 2000: Fujimori und kein Ende?* (Brennpunkt Lateinamerika, 4). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443833>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 4

25. Februar 2000

ISSN 1437-6091

Peru vor den Wahlen 2000: Fujimori und kein Ende?

Andreas Steinhilber

In Peru stehen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vor der Tür. Erst kürzlich hat der amtierende Präsident Alberto Fujimori seine, laut Verfassung nicht zulässige, Kandidatur für eine erneute Wiederwahl angekündigt. Diese Ankündigung hat vor allem bei den oppositionellen Gruppen Proteste und offizielle Beschwerden hervorgerufen. Trotzdem scheint es derzeit, als könnten auch die Gegenkandidaten eine erneute Wiederwahl Fujimoris nicht verhindern, zumal ein Wahlbündnis zwischen ihnen nicht zustande kam. Begleitet wird der Eintritt in die „heiße“ Wahlkampfphase von allerlei Geschehnissen, die so gar nicht in ein demokratisches Szenarium passen und eher an längst vergangen geglaubte Zeiten der politischen Geschichte Perus erinnern: die mediale Omnipräsenz des Präsidenten, die Kontrolle eines Großteils eben dieser Medien sowie sämtlicher staatlicher Institutionen und Kontrollinstanzen (inklusive der nationalen Wahlkontrollbehörde) durch die Exekutive, vom nationalen Geheimdienst inszenierte Diffamierungskampagnen gegen die beiden wichtigsten politischen Gegner und die verfassungswidrige Nutzung staatlicher Ressourcen für den Wahlkampf Fujimoris. Lediglich der zuletzt stark gewachsene internationale Druck, insbesondere von Seiten der USA, muss dem Regime Sorgen bereiten. Nach zehn Jahren fujimorismo scheint ein Rückblick auf diese bislang längste Amtsperiode eines demokratisch gewählten Präsidenten in Peru angebracht. Wie ist das Regime Fujimori zu bewerten, und wie passt es in die politische Geschichte Perus? Was hat sich in der letzten Dekade in Peru verändert? Wie haben sich die zivile Gesellschaft und wie das Spektrum der politischen Akteure entwickelt, und welchen Einfluss hat die Dekade des fujimorismo in der politischen Landschaft und auf die politischen Akteure und ihr Verhalten hinterlassen? Und schließlich: Wie ist die Situation zwei Monate vor den Wahlen?

Fujimori – der „Retter der Nation“

Vor einigen Monaten versah eine angesehene peruanische Zeitschrift eine ihrer politischen Hintergrundanalysen mit der Überschrift: „Fuji, la política eres tu“ (Fuji, die Politik bist Du). Nicht ohne Sarkasmus blicken derzeit peruanische Intellektuelle und Analytiker des nationalen Geschehens angesichts der bevorstehenden Wah-

len am 9. April auf nunmehr zehn Jahre Amtszeit des derzeitigen Präsidenten Alberto Fujimori zurück. Zweifelsohne hat die Dekade des *fujimorismo* die politische Landschaft und Kultur, das Verhalten der politischen Akteure sowie das Verhältnis der peruanischen Bevölkerung zur Demokratie nachhaltig verändert. Dennoch steht die Popularität Fujimoris auch ganz im Zeichen einer langen populistischen Tradition in der pe-

ruanischen Politik: nämlich dem Glauben, dass nur ein starker und autoritärer politischer Führer die Geschicke des Landes von der Staatsspitze her lenken und in direkter Verbindung zum Volk stehend, unter Umgehung der vermittelnden Instanzen zwischen Staat und ziviler Gesellschaft, die entscheidenden Veränderungen herbeiführen könne. Begünstigt wurde die Situation Fujimoris vor einem Jahrzehnt durch die totale Wirtschaftskrise und die Hyperinflation, die extreme politische Gewalt, die Unsicherheit in der Bevölkerung sowie die allgemein verbreitete Korruption und das administrative Chaos, mit dem sein Vorgänger Alan García Ende der 80er Jahre das Land an den Rand des Zusammenbruchs manövriert hatte.

Fujimorismo, Politik und Gesellschaft Perus in den 90er Jahren

Mit dem überraschenden Wahlsieg Fujimoris 1990 schien eine neue Phase in der politischen Geschichte Perus eingeläutet worden zu sein. Die Kombination von Wirtschaftkatastrophe, terroristischer Gewalt und rapidem Vertrauensschwund der Bevölkerung in die traditionellen politischen Parteien schufen die idealen Voraussetzungen für das Auftauchen einer neuen außerhalb des politischen Systems stehenden Leitfigur, die Hoffnungen und Lösungen für diese allgemeine gesellschaftliche Krise anbot. Gleichzeitig sah es danach aus, als ob die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in Peru seit den 50er Jahren mit der Wahl Fujimoris nun endlich auch auf der politischen Ebene ihren Ausdruck gefunden hätten. Die *clases populares* hatten den traditionellen Parteien und der traditionellen politischen Klasse, die seit jeher aus der weißen Oberschicht des Landes bestand, eine deutliche Absage erteilt. Die Erwartungshaltung, insbesondere in den *clases populares*, war mithin groß, hatten sie doch, so glaubten sie, einen der „Ihren“ gewählt: einen in Lima geborenen Sohn von Einwanderern, dessen Eltern kaum Spanisch sprachen. Für die Millionen ländlicher Migranten in den peruanischen Küstenstädten, insbesondere in Lima, hätte es kaum ein größeres Identifikationsmoment mit einem neuen Präsidenten geben können. Seitdem nämlich beginnend in den 50er Jahren massive Migrationswellen vom Land in die peruanische Hauptstadt Lima schwappten, hat sich dort auch die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung entscheidend verändert. Die große Mehrheit der *limeños* sind mittlerweile Migranten aus quechua- und aymarasprachigen Dorfge-

meinschaften des zentralen und südlichen Hochlands bzw. deren in Lima geborene Kinder. Zudem entsprach Fujimori auch physisch eher dem Bild jener Migranten als dem eines traditionellen Politikers aus der weißen Oberschicht, wie es etwa sein härtester damaliger Konkurrent um die Macht, Mario Vargas Llosa, tat. Die „Mannschaft“ des neuen Präsidenten versprach zudem einen grundlegenden Wandel, bestand sie doch anfangs aus in der politischen Szene bislang unbekanntem Figuren, die z.T. sogar mit dem informellen Sektor (einem entscheidenden Wählerpotential Fujimoris 1990) in Verbindung standen und somit als Repräsentanten eines „neuen Peru“ galten.

Am Anfang - noch während des Wahlkampfes und in den ersten Regierungsmonaten - basierte die Legitimität Fujimoris auf der Konstruktion ebensolcher Identifikationsmomente sowie auf der direkten Verbindung zwischen Präsident und Volk. Fujimori arbeitete bewusst diesen Identifikationsprozess heraus. Dabei stellte er jene, zuvor genannten, persönlichen und familiären Eigenschaften in den Vordergrund, die ein Korrelat zu den Charakteristiken, Erfahrungen, Wünschen und Zielsetzungen der Masse der Bevölkerung darstellten. Nicht zuletzt gehörte die Suche nach Fortschritt und Modernität zu seinem Diskurs, schon seit jeher ein zentrales Anliegen der andinen Bauern- und Migrantenbevölkerung Perus. Essentiell innerhalb dieser Strategie war die Erzeugung eines „Wir-Gefühls“, des Eindrucks von Nähe, Vertrauen und Identifikation zwischen politischer Führung (personifiziert in Fujimori) und Volk. Dieser Prozess wurde von dauernden Attacken des Präsidenten an die Adresse der demokratischen Parteien und Institutionen begleitet, in denen er sie der Alleinschuld an der schweren gesellschaftlichen Krise bezichtigte. So versuchte Fujimori, die bis dato existierenden Normen politischen Zusammenlebens zu destabilisieren und gleichzeitig die Erwartungshaltung der Bevölkerung in seiner Person zu konzentrieren.

Wachsende politische Unterstützung trotz nicht gehaltenen Wahlversprechen

Anfänglich sah sich Fujimori jedoch noch vor dem Problem, ein „politisches Waisenkind“ zu sein: Er besaß weder eine parlamentarische Mehrheit im Kongress noch eine politische Partei, die ihn stützte (im Unterschied etwa zu Alan García). Während dies noch im Wahlkampf der 90er-Wahlen einen enormen Vorteil bedeutete,

so erschwerte es doch die Regierungsarbeit. Diese wurde zusätzlich dadurch belastet, dass seine Wirtschaftspolitik nicht unbedingt populär war. Fujimori übernahm trotz gegenteiliger Ankündigungen während des Wahlkampfes das neoliberale Modell, das Teil des Wahlprogramms von Vargas Llosa gewesen war und diesen möglicherweise den Wahlsieg gekostet hatte. Auf der anderen Seite gab es 1990 auch niemanden mehr, der sich nach den Erfahrungen mit Alan García für einen staatlichen Interventionismus stark gemacht hätte. So ist es eine Ironie der politischen Geschichte Perus, dass ausgerechnet das Versagen der Regierung Alan Garcías und der *Alianza Popular Revolucionaria Americana* (APRA) jegliche Hindernisse für die Implementierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells beseitigte.

Zwischen 1990 und 1995 wurde ein substantieller Teil des öffentlichen Sektors privatisiert. Die Preise wurden dem freien Markt überlassen. Man suchte eine Übereinkunft mit den Schuldnerbanken, und die wirtschaftspolitische Priorität wurde in ausländischen Investitionen gesehen. Der Kontrast zur Wirtschaftspolitik der vorherigen Regierung hätte nicht größer sein können. Trotz des Erfolges bei der Kontrolle der Inflation zog diese Wirtschaftspolitik infolge des Niedergangs der Reallöhne, der hohen Arbeitslosigkeit sowie der negativen Auswirkungen, die durch die Streichungen jeglicher Subventionen entstanden, sehr hohe soziale Kosten nach sich.

Die anfangs noch eher zögerliche Haltung gegenüber dem neuen Präsidenten wandelte sich mit den wichtigen Erfolgen seines Regierungskurses in massive politische Unterstützung. Dies markiert die zweite Legitimationsphase der Führung Fujimoris. Die Sanierung der Wirtschaft und die effektive Bekämpfung des Terrorismus brachte ihm internationale Anerkennung und nationale Popularität. Die militärischen Erfolge gegen *Sendero Luminoso* und den *Movimiento Revolucionario Túpac Amaru* (MRTA) und mithin das Ende des Bürgerkrieges, die Kontrolle der Inflation und die Wiedereingliederung in das internationale Finanzsystem verfehlten ihre Wirkung in der peruanischen Bevölkerung nicht. Verglichen mit den katastrophalen Resultaten der Regierungsperioden in den 80er Jahren waren diese Ergebnisse dazu angetan, das Vertrauen in die Führung Fujimoris zu stärken. Zudem erlaubten sie dem Präsidenten, politische Effizienz in der Öffentlichkeit nur für seine Person zu beanspruchen. Deshalb glaubten (und glauben heute noch) viele Peruaner, dass Fujimori die starke Hand ist, die man braucht, um notwendige gesellschaftli-

che Veränderungen herbeizuführen und damit die Grundlage für zukünftige Prosperität zu schaffen. Damit war der Grundstein für die Wiederwahl Fujimoris 1995 gelegt. Bis heute gilt für viele Beobachter der Geschehnisse in Peru das Jahr 1990 als eine Art Trennungslinie in der peruanischen Politik zwischen dem Chaos der Regierungsjahre Alan Garcías und der neuen Ära der Erholung und Stabilität unter Fujimori. Und bis heute benutzt Fujimori immer wieder diesen Kontrast, um die Perpetuierung seiner Macht zu legitimieren.

Sah es noch bis 1996 danach aus, als ob der historische Zyklus in der peruanischen Politik, bestehend aus immer wiederkehrendem Populismus, Instabilität und Krise mit Fujimori endlich durchbrochen werden könnte, so scheinen die enorme Rezession ab 1998 und die dauernden politischen Krisen des Regimes dies zu widerlegen. Die Frage, ob die Ära Fujimori tatsächlich einen Neubeginn in der politischen Geschichte Perus bedeutet hat, muss verneint werden. Vielmehr scheint es, als ob „alter Wein in neuen Schläuchen“ feilgeboten würde. Die Formen, Politik zu gestalten, lehnen sich zu sehr an die vorangegangenen Zyklen an. Immer noch – und zuweilen sogar stärker als früher – wird die Macht in der Exekutive zentralisiert. Nach dem „Selbstputsch“ von 1992, mit der neuen Verfassung von 1993 und schließlich dem eindrucksvollen Wahlsieg Fujimoris im Jahr 1995 wird diese Tendenz zusehends verstärkt. Die verschenkten Computer an Bildungseinrichtungen sowie Kalender mit dem Abbild Fujimoris in den Elendsvierteln, die dauernde Einweihung neuer Schulen durch den Präsidenten vor laufenden Kameras und seine mediale Omnipräsenz sind nichts weiter als der moderne Ausdruck längst vergangen geglaubter populistischer Methoden in der politischen Geschichte Perus.

Zusammengefasst charakterisieren vier Merkmale das Regime Fujimori: 1. Die Personalisierung politischer Macht, indem sich Fujimori häufig mit dem Chef eines Unternehmens vergleicht und im Sinne der „Effizienz“ Macht und Autorität nicht delegiert; 2. die Omnipotenz der Exekutive gegenüber anderen staatlichen Institutionen. Dies wurde am deutlichsten mit dem „Selbstputsch“ und der Auflösung des Kongresses 1992 dokumentiert, als dieser weitere Machtzugeständnisse an die Militärs nicht ohne weiteres hinnehmen wollte; 3. die direkte Verbindung zwischen Präsident und Volk und 4. die Nutzung finanzieller staatlicher Ressourcen für den Machterhalt. 1996 machten diese Ausgaben 40%

des Staatshaushalts aus und wurden nicht von den traditionellen Ministerien, sondern vom Präsidentschaftsministerium kanalisiert, über das Fujimori persönlich die Kontrolle ausübte.

Die Rolle der Zivilgesellschaft – neue soziale Netzwerke

Auch wenn das System Fujimori auf der Ebene der politischen Entwicklung somit historische Kontinuität aufweist, so können doch auf der Ebene der **Entwicklung der Zivilgesellschaft** in den 90er Jahren wichtige neue Elemente ausgemacht werden. Eines dieser Elemente ist die wachsende Bedeutung unabhängiger politischer Gruppierungen, auch über die Grenzen des *fujimorismo* hinaus. Obwohl solche Gruppierungen in Peru auch vorher schon existierten, so hatten sie doch nie die Bedeutung, die sie in den 90er Jahren erlangen konnten. Dies ist sicherlich in erheblichem Maße auf die Diskreditierung der traditionellen Parteien und das Misstrauen breiter Schichten der Bevölkerung gegenüber jeglichem politischen Diskurs zurückzuführen, reflektiert gleichzeitig aber auch, in welchem Maße Fujimori der Dekade der 90er seinen Stempel aufdrücken und die politische Landschaft sowie das politische Meinungsbild in der Zivilgesellschaft prägen konnte. In breiten Sektoren der Bevölkerung ist offenbar die Botschaft angekommen, dass politische Parteien in einem demokratischen System nicht notwendig, sondern eher hinderlich seien. Eine Transformation in neue Organisationen und politische Loyalitäten, die die bisher existierenden Klientelbeziehungen überwinden könnten, ist derzeit noch nicht in Sicht.

Ein Wandel zeichnet sich indes auf einer anderen Ebene der Zivilgesellschaft ab. Die Präsenz der unabhängigen Gruppierungen in der politischen Landschaft der 90er Jahre wird von bedeutenden Veränderungen in den sozialen und politischen Verhaltensweisen in der Bevölkerung begleitet. So wird die peruanische Gesellschaft der 90er nicht etwa von einem fortschreitenden Individualismus beherrscht. Vielmehr finden Formen des kollektiven Handelns, die vorher z.T. von politischen Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden kanalisiert wurden, nun im Rahmen **sozialer Beziehungsnetzwerke** zwischen Verwandten, Freunden und Nachbarn statt. Diese Netzwerke stellen informelle Arten der Organisation dar, die durch die Verbindungen der Individuen untereinander im Laufe ihrer verschiedenen Lebensabschnitte geschaffen werden. Durch diese Beziehungsnetzwerke und insbesondere durch

die Rechte und Verpflichtungen, die sie beinhalten, erhalten die Individuen Zugang zu materiellen Ressourcen, Informationen sowie Arbeit und Dienstleistungen. Die Netzwerke haben deshalb heute eine enorme Bedeutung. Doch neben ihrer Funktion als Überlebensstrategie sind die sozialen Netzwerke auch zu einem Raum geworden, in dem die Individuen ihre Wahrnehmungen von Politik und Politikern artikulieren. Politische Meinung wird deshalb nicht mehr oder kaum noch durch Parteien, politische Veranstaltungen oder Gewerkschaften gebildet, sondern im Rahmen sozialer Interaktionen in Nachbarschaftskomitees, Migrantenvverbänden sowie in Stadtteilen und auf Märkten. In diesen sozialen Räumen tauchen neue Leitfiguren auf, die den „Gemeinsinn“ von Politik vermitteln, mit dem dann die nationalen politischen Geschehnisse interpretiert werden. Politik erhält hier ein sehr pragmatisches Gewand und ist dauernden Neubewertungen unterworfen.

Der populistischen Kontinuität auf der politischen Ebene, die Fujimori zweifellos repräsentiert, steht somit ein tiefgreifender Transformationsprozess der Zivilgesellschaft gegenüber, der sich auch in den 90er Jahren fortgesetzt und akzentuiert hat. Vor diesem Hintergrund erscheint es zumindest seltsam, dass auch in den 90er Jahren keinerlei Bemühungen von Seiten der politischen Akteure auszumachen waren, dauerhafte Formen politischer Repräsentanz zu schaffen. Die **Kluft zwischen Staat und ziviler Gesellschaft**, ein latent vorhandenes Problem in Peru, setzte sich vielmehr auch in dieser Dekade weiter fort. Trotz der für die traditionellen Parteien so verheerenden Wahlergebnisse von 1990 und 1995 haben sich deren traditionelle Verfahrensweisen und Praktiken nicht grundlegend geändert. Auch weiterhin ist ein Mangel an interner Parteidemokratie und Erneuerung politischer Führung sowie das Fehlen neuer politischer Inhalte und Diskurse zu konstatieren. Dieses Fehlen jeglicher Erneuerungsversuche, gepaart mit der Unfähigkeit, politische Alternativen zu entwickeln, erklären den „freien Fall“ der traditionellen Parteien während des Wahlgangs 1995.

Aber auch unabhängige politische Bewegungen, die während jener Wahlkampfphase 1995 auftauchten, gingen einen ähnlichen Weg. Das Bemühen diverser Sektoren der politischen und intellektuellen Elite, eine demokratische Erneuerung herbeizuführen, konzentrierte sich nämlich allenfalls auf rein wahltaktische Strategien. Man gruppierte sich - besonders im Fall *Unión por el Perú* (UPP) - um einen anderen

politischen „*Outsider*“ (Javier Pérez de Cuéllar), der zwar mehr Prestige als Fujimori besaß und auch international anerkannter war. Doch charakteristisch für diese Alternative war ebenfalls die Bestimmung der zukünftigen Parlamentskandidaten von oben und das Fehlen jeglicher Partizipationskanäle für diejenigen, die nicht zum persönlichen Umfeld des Kandidaten der UPP oder zu den Gründungsmitgliedern gehörten. So präsentierte sich die UPP als eine aus rein wahltaktischen Erwägungen heraus ins Leben gerufene Gruppierung, in der eine ebenso klientelistische Struktur vorherrschte wie üblicherweise in den traditionellen Parteien. Zudem repräsentierte Pérez de Cuéllar, ähnlich wie Vargas Llosa 1990, die weiße Oberschicht des Landes. Er wirkte distanziert und konnte keinerlei Bindung zu den *clases populares* herstellen.

Stärkung der Exekutive

Die politische Wende der 90er Jahre wird mit dem „Selbstputsch“ im April 1992 eingeleitet und mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung 1993 bestätigt. Dies war der Beginn eines „Entdemokratisierungsprozesses“: Das auffälligste Merkmal der neuen Verfassung ist die weitere Zentralisierung und Stärkung der Exekutive im Vergleich zu den anderen staatlichen Institutionen. Besonders das Parlament wurde in seiner Größe und seinen Funktionen reduziert. Bezüglich der Menschenrechte bedeutet die Verfassung von 1993 einen Rückschritt, da darin internationale Abkommen nur bedingt anerkannt werden und die Verpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgern im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Rechte reduziert wird.

"In Peru existieren keine politischen Parteien (...). Die Macht bin ich, das ist wahr. Aber die Macht wurde mir vom Volk gegeben, das ich repräsentiere" (Alberto Fujimori, 21. Juni 1993, Tageszeitung „El Comercio“). Kaum eine andere Aussage Fujimoris verdeutlicht besser den politischen Umbruch. Unter dem Vorwand, diese reformieren zu wollen, funktionalisierte das Regime von nun an zusehends die vorher in Verruf geratenen staatlichen Institutionen und Instanzen für den eigenen Machterhalt. Diese Maßnahmen der autoritären Umstrukturierung wurden auch weiterhin von heftigen Attacken des Präsidenten gegen die traditionellen politischen Parteien und ihre Hinterlassenschaften begleitet und fielen in der peruanischen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Schließlich wurde der Selbstputsch noch im gleichen Jahr mit der Gefangennahme von

Abimael Guzmán, dem Führer von *Sendero Luminoso*, eindrucksvoll vor der Öffentlichkeit legitimiert. Auch wenn die sieben Monate Autokratie nach dem Selbstputsch international ein negatives Echo hervorgerufen hatten, so hatte dies auf nationaler Ebene keinerlei negative Auswirkungen für Fujimori, wurde er doch 1995 mit einem überwältigen Wahlsieg belohnt.

Schon die ersten fünf Jahre seiner Amtszeit machten indes jedermann deutlich, dass trotz neuer Verfassung und neuem demokratischen Schein unter diesem Regime die Entwicklung einer tatsächlich repräsentativen Demokratie nicht möglich sein würde. Eine der Paradoxien dieser ersten fünf Jahre *fujimorismo* ist es, dass breite Bevölkerungssegmente das Regime just in einer Phase unterstützten, in der die Ressourcen- und Einkommensverteilung innerhalb der Gesellschaft ungleicher wurde und die Armut zunahm. Gleichzeitig verstand es Fujimori, diesen Zustand als vorübergehend, wenn auch als notwendig auf dem Weg in eine bessere Zukunft, zu vermitteln.

Permanenter Wahlkampf und Perpetuierung an der Macht:

Die Bilanz der zweiten Amtszeit

Mit der Wiederwahl Fujimoris 1995 wurde die Hoffnung auf die Fortsetzung einer, insbesondere vom Ausland gelobten, erfolgreichen Wirtschaftspolitik und Terrorismusbekämpfung verknüpft. Der Wahlsieg war eine Bestätigung der Politik Fujimoris zwischen 1990 und 1995, dokumentierte jedoch auf der anderen Seite genau wie 1990 erneut das Fehlen jeglicher politischer Alternative. Nachdem noch 1990 der international wohl bekannteste Schriftsteller Perus in den Wahlen gegen Fujimori unterlegen war, erteilte 1995 den international bekanntesten Diplomaten des Landes das gleiche Schicksal. Ein Wandel in der politischen Kultur, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis der peruanischen Bevölkerung zur Demokratie, hatte sich vollzogen.

In einer ersten Phase nach der Wiederwahl basierte die Legitimität Fujimoris noch auf den Erfolgen seiner ersten Amtszeit (makroökonomische Stabilität und Befriedung des Landes). Von nun an erhoffte man sich jedoch das Erreichen so wichtiger Ziele wie die Verringerung der Armut, eine gerechtere Verteilung der nationalen Ressourcen und die Modernisierung des Landes. Mit dem Versprechen, sich von nun an hauptsächlich der Bekämpfung der Armut in Peru zu widmen, leitete Fujimori denn auch seine zweite Amtszeit

ein. Waren die Ergebnisse seiner Sozialpolitik aber bis dahin schon mager, so sollte sich die Einkommens- und Verteilungsschere von nun an eher noch weiter öffnen.

In gewisser Weise setzte der Wahlkampf Fujimoris für die Wahlen im April 2000 bereits 1996 ein. Eine erneute Wiederwahl des amtierenden Präsidenten wurde seitdem immer wieder, taktisch geschickt, thematisiert, um die Öffentlichkeit - eine Art psychologischer Schachzug - zunehmend mit diesem Gedanken vertraut zu machen und Gegenreaktionen im Sande verlaufen zu lassen. Gleichzeitig wurde das Thema innere Sicherheit als eine Art „Dauerbrenner“ immer wieder herangezogen, um die Verdienste Fujimoris auf diesem Gebiet hervorzuheben, insbesondere dann, wenn es galt, von heiklen oder unliebsamen Themen abzulenken. Die monatelange Besetzung und Geiselnahme hochrangiger Politiker und Diplomaten (1997) in der Residenz des japanischen Botschafters in Lima durch Mitglieder des MRTA und die Inszenierung der Befreiung der Geiseln spielten dem Regime Fujimori dabei ebenso in die Hände wie, paradoxerweise, der strategische Rückzug Perus aus der Rechtsprechung des interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte im September 1999, als Reaktion auf dessen Forderung, die Prozesse gegen zwei in Peru inhaftierte chilenische Mitglieder des MRTA vor einem Zivilgericht neu aufzurollen. Beide Male wurde die innere Sicherheit des Landes zum zentralen Thema erhoben und vor einem vermeintlichen Rückfall in terroristisches Chaos gewarnt, der nur mit der Kontinuität des *fujimorismo* verhindert werden könne. Die jeweils unmittelbar danach in den Meinungsumfragen ermittelten hohen Sympathiewerte für den amtierenden Präsidenten verdeutlichen den Erfolg dieser Strategie.

Weiterer Ausbau des Machtapparates

Auch sonst stehen die letzten fünf Jahre ganz im Zeichen des Ausbaus des Machtapparates, der Vorbereitung der nochmaligen Wiederwahl sowie eines generell weiter voranschreitenden „Entdemokratisierungsprozesses.“ In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Aushöhlung der Justiz und die Demontage in der Verfassung verankerter Kontrollorgane zu nennen. Ab 1995 wurden alle unabhängigen Kontrollinstanzen *de facto* außer Kraft gesetzt, indem sie entweder für den Machterhalt funktionalisiert oder schlichtweg demontiert wurden. Dies alles geschah, sozusagen als „Langzeitstrategie“, im Dienste einer

erneuten Wiederwahl Fujimoris. So erfolgte bereits die Amtsenthebung von drei Verfassungsrichtern im Mai 1997 vor dem Hintergrund, eine dritte Kandidatur Alberto Fujimoris im Jahr 2000 zu ermöglichen. Die drei Richter erklärten ein Gesetz, welches dem amtierenden Präsidenten die Möglichkeit einer zweiten Wiederwahl eröffnen sollte, für nicht verfassungskonform. Mit der Amtsenthebung der drei Verfassungsrichter wurde die Demontage der Institution Verfassungsgericht vollendet, zumal auch ihr Präsident 48 Stunden später aus Solidarität mit seinen entlassenen Kollegen zurücktrat. Zum wiederholten Mal geriet das Regime damit zwar außenpolitisch unter Druck, dennoch war der Moment aus innenpolitischer Sicht mit Bedacht gewählt. Einerseits lenkte dies wieder einmal von einer öffentlichen Debatte über den umstrittenen Präsidentenberater Vladimiro Montesinos ab, andererseits schien der Zeitpunkt günstig, aufgrund der gerade erfolgreich abgeschlossenen Geiselnbefreiung in der japanischen Botschafterresidenz, die wiederum in der Bevölkerung mit Sympathiewerten pro-Fujimori von bis zu 70% quittiert wurde.

Die Exekutive hat somit mittlerweile eine Art Omnipotenz erlangt. Die Ernennung eines Ombudsmannes als Beauftragter für den Schutz der Bürgerrechte gegenüber der Verwaltung ist dabei eher als „kosmetischer Eingriff“ zu werten, der den demokratischen Schein wahren soll, zumal die Kompetenzen dieser Institution als Kontrollorgan äußerst begrenzt sind.

Zu den Methoden des Machterhalts in der Regierungsphase ab 1995 gehörten aber auch die massive Nutzung staatlicher Ressourcen für den „permanenten Wahlkampf“ Fujimoris, die Gleichschaltung der Medien, Diffamierungskampagnen gegen die wichtigsten politischen Gegner mit Hilfe „gekaufter“ Journalisten, Telefonüberwachungen von oppositionellen Politikern, Medien und sogar Angehörigen der Regierung und vieles mehr. Immer war dabei der Geheimdienst *Servicio de Inteligencia Nacional* (SIN) involviert. Dabei erregte sicherlich der Fall Baruch Ivcher das größte Aufsehen. Dem 1984 in Peru eingebürgerten Israeli wurde die peruanische Staatsbürgerschaft wegen angeblicher „administrativer Unregelmäßigkeiten“ 1997 wieder aberkannt. Der wirkliche Grund waren spektakuläre Enthüllungen seines Fernsehsenders *Frecuencia Latina*, die für Aufsehen sorgten und Militär und Geheimdienst wiederholt in den Brennpunkt negativer Schlagzeilen rückten, wodurch die Regierung Fujimori immer wieder in Krisensituationen geriet. Die Aberkennung der Staats-

bürgerschaft zwang Ivcher dazu, seine Mehrheitsanteile an dem Fernsehsender zu verkaufen, da ein Ausländer in Peru nicht Eigentümer eines Kommunikationsmediums sein darf.

Im Fall Baruch Ivcher meldete sich sogar die US-amerikanische Außenministerin Madeleine Albright zu Wort, und die amerikanische Regierung bezeichnete den Vorgang als „Testfall“ für die Regierung Fujimori. Aber auch die Skandale um die Folterung von „abtrünnig“ gewordenen ehemaligen Mitgliedern des Geheimdienstes, die gewaltsame Entführung, Verurteilung und Inhaftierung des Generals i.R. Rodolfo Robles sowie die Einschüchterungen von Medienvertretern wurden publik, verursachten immer häufiger Bürgerproteste und drangen schließlich ins Ausland, wo, insbesondere in den USA, Regierungsvertreter ihre Besorgnis über die peruanische Entwicklung zum Ausdruck brachten.

Der zunehmend autoritäre Charakter des Regimes hat dazu geführt, dass sich die peruanische Regierung stärkerem außenpolitischen Druck ausgesetzt sah. Im November 1999 erreichte diese Situation ihren vorläufigen Höhepunkt, als die USA mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats ihre Besorgnis über die mangelnde Unabhängigkeit der Judikative sowie das Fehlen einer unabhängigen Wahlkontrollbehörde zum Ausdruck brachten. Intern führte der selbstherrliche Regierungsstil seit 1997 zu wachsenden Protesten, zeitweilig sinkenden Popularitätsraten des Präsidenten, aber zunehmend auch zu der Sorge einer außenpolitischen und wirtschaftlichen Isolierung Perus, vor allem in den Unternehmerverbänden. Die Situation spitzte sich jedoch mit dem Rückzug Perus aus der Rechtsprechung des interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte ab September 1999 enorm zu. Nicht von ungefähr kam deshalb die Neubesetzung des Kabinetts und vor allem die Ernennung Alberto Bustamantes zum Präsidenten des Ministerrats im Oktober. Bustamante gilt als gewiefter Taktiker, der, wie er bereits nach dem Selbstputsch Fujimoris zeigte, in der Lage ist, auch in heiklen Situationen die peruanische Position im Ausland und gegenüber internationalen Geldgebern sowie potentiellen Investoren zu vertreten. Intern wollte man mit der Kabinettsumbildung die schwierige wirtschaftliche Situation meistern.

Verschärfung der Wirtschaftskrise

Die Verschlimmerung der politischen Krise ab 1998 wird nämlich von einer Verschärfung der

Wirtschaftskrise begleitet. Zwischen 1990 und 1994 war die Wirtschaftspolitik der Regierung Fujimori eindeutig an Reformen zur Stabilisierung und wirtschaftlichen Privatisierung orientiert. Noch bis 1996 vermittelten die makroökonomischen Wachstumsraten den Eindruck und die Hoffnung, dass die Regierung Fujimori in ihrer zweiten Amtszeit, wie angekündigt, nun auch das drängendste Problem, nämlich die Armutsbekämpfung und eine gerechtere Verteilung der nationalen Ressourcen, in den Griff bekommen würde. Doch mit der Entscheidung, die Wahlkampagne pro Fujimori bereits 1996 beginnen zu lassen, wurde auch ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik vollzogen, und seit 1997 stagniert der Privatisierungsprozess. Hinzu kamen 1998 zwei entscheidende Ereignisse, die der peruanischen Wirtschaft einen Dämpfer versetzten: Zum einen erreichte die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise im Zuge der Asienkrise auch Peru, zum anderen hatte das Klimaphänomen *El Niño*, das besonders an der peruanischen Küste wütete, fatale Auswirkungen auf eine ganze Reihe wichtiger Wirtschaftsaktivitäten, besonders auf die Fischereiwirtschaft, traditionell der zweitwichtigste Exportsektor des Landes. Abgesehen von den Bemühungen mit fernsehgerechten Auftritten des Präsidenten in den betroffenen Gebieten, die z.T. dramatische Situation in positive Umfrageergebnisse zu wenden, reagierte die Regierung jedoch ausgesprochen langsam und inkompetent. Sie nahm offensichtlich an, dass das Fundament der peruanischen Wirtschaft bereits so solide sei, dass die Krise ihr nichts weiter anhaben könne. Die vorher klare wirtschaftspolitische Linie wurde verlassen und die Entscheidungen wurden immer mehr politischen Erfordernissen untergeordnet. Die noch 1995 angekündigte zweite Stufe der Wirtschaftsreformen ist niemals implementiert worden. Spätestens seit 1998 steckt die peruanische Wirtschaft in einer tiefen Rezession (vgl. Katharina Müller, Brennpunkt Lateinamerika Nr. 17-99), auch wenn die makroökonomischen Rahmendaten für 1999 immer noch ein Wachstum von insgesamt 3% anzeigen (CEPAL 1999). Durch den extremen Rückgang der Binnennachfrage wurden die meisten Wirtschaftsaktivitäten in Mitleidenschaft gezogen, und eine Vielzahl von Unternehmen steht vor der Insolvenz. Dies führte sowohl zu einem Rückgang bei den Steuereinnahmen als auch zu einem Haushaltsdefizit von -2,6% des Bruttoinlandsprodukts (CEPAL 1999).

Der Einbruch in der peruanischen Wirtschaft ist also eindeutig in der zweiten Amtsperiode

Fujimoris zu suchen und beginnt mit der Nutzung staatlicher Ressourcen für den Wahlkampf, der Stagnation des Privatisierungsprozesses und dem Rückgang der Privatinvestitionen. Dennoch: Trotz Verschärfung der Krise ab 1998 und dem enormen Kaufkraftschwund werden die wirtschaftlichen Ergebnisse der Regierung Fujimori insgesamt von vielen Experten auch weiterhin positiv bewertet, liegen sie doch über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Zudem ist die Inflationsrate angesichts hoher Rohölpreise im zurückliegenden Jahr mit 4,8% auffallend niedrig (die niedrigste seit 1970).

Auch wenn die Resultate der Regierung Fujimori in den 90er Jahren auf wirtschaftlichem Gebiet mit Wohlwollen immer noch positiv bewertet werden können, so fällt die Gesamtbilanz der letzten fünf Jahre negativ aus. Zu sehr hat sein populistisch-technokratischer Regierungsstil zur Parteiverdrossenheit beigetragen. Insgesamt ist das Misstrauen der peruanischen Bevölkerung in die Politik in den 90er Jahren nicht geringer geworden. Ganz im Gegenteil: Der apolitische und nur an direkten und vorzeigbaren Erfolgen ausgerichtete Diskurs à la Fujimori (*la política de la antipolítica* in seinen eigenen Worten) bestimmt auch weiterhin das politische Szenarium. Und dies gilt nicht nur für das Regierungsbündnis und seine mittlerweile vielfältigen "Ableger", sondern auch für die Opposition. Insofern hat sich die politische Kultur in Peru auf Fujimori eingestellt, ihn zuweilen kopiert. Auf diese Weise ist die Politik der 90er Jahre von Fujimori geprägt worden. Die traditionellen politischen Parteien haben sich von ihrem Niedergang bis in die Gegenwart nicht erholen und ihren bis Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre verspielten Kredit nicht wieder zurückgewinnen können. Sie sind weiterhin diskreditiert. Dagegen wird die politische Landschaft im Laufe der 90er Jahre immer mehr von sogenannten unabhängigen politischen Gruppierungen geprägt, deren interne Struktur jedoch ebenso wenig demokratisch ist wie die des Regierungsbündnisses und deren Auftauchen in der politischen Arena zumeist wahltaktischen Erfordernissen entspricht.

Als besonders gravierend in der Bilanz der letzten fünf Jahre sind freilich die **Zentralisierung der Macht** und der **faktische Verlust der Gewaltenteilung sowie der Rechtsstaatlichkeit** anzusehen. Das Parlament steht weiterhin am Rande der politischen Entscheidungsfindung, wird völlig von der Exekutive kontrolliert und korrumpiert und gilt als ebenso wenig vertrauenswürdig wie die politischen Parteien.

Situation vor den Wahlen 2000 und Ausblick

In einer mit Spannung erwarteten Erklärung kündigte Alberto Fujimori am 27. Dezember 1999 seine erneute Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im April 2000 an. Obwohl dies eindeutig gegen die neue erst 1993 verabschiedete Verfassung verstößt, die eine dritte Wiederwahl in Folge ausschließt, war dies von den allermeisten Beobachtern so erwartet worden. Zu sehr hatte sich in den vergangenen fünf Jahren die Macht in den Händen des amtierenden Präsidenten und die Politik in seiner Person konzentriert. Personelle Alternativen zu Fujimori innerhalb des Regierungsbündnisses waren zudem nie in Sicht. Der Aufschrei seitens der politischen Opposition sowie anderer gesellschaftlicher Gruppen ob des Verfassungsbruchs war zwar zunächst groß und rief eine Reihe offizieller Beschwerden hervor, die nun von der nationalen Wahlkontrollbehörde (*Jurado Nacional de Elecciones*) geprüft werden müssen. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass auf diese Weise die Kandidatur Fujimoris verhindert werden kann, da sich auch diese Institution faktisch unter der Kontrolle des Regimes befindet. Die Regierung ihrerseits konterte den Vorwurf des Verfassungsbruchs mit dem kuriosen Argument, die erste Amtszeit Fujimoris von 1990-1995 könne nicht mitgerechnet werden, da die Verfassung erst ab 1993 gelte. Somit sei seine Kandidatur im April erst die zweite in Folge. Diese Argumentation schließt sich, wie gesehen, nahtlos an die Vorbereitungen zur Wiederwahl ab 1996 an.

Die dunklen Seiten der Macht – Montesinos als Drahtzieher

Was noch 1995 ironisch als „Demokratie neuen Typs“ bezeichnet werden konnte, erinnert gegenwärtig eher an eine Diktatur traditioneller Prägung, in der Militär und Geheimdienst die Fäden spinnen. Die „dunklen Seiten“ der Macht, insbesondere in der Person des Präsidentenberaters Vladimiro Montesinos und dessen Umfeld, treten deutlich zum Vorschein. Er gilt noch immer als die eigentlich mächtigste Person im Land, die hinter den Kulissen die Fäden zieht. Eine Verbindung zum nordamerikanischen Geheimdienst CIA wird dabei zuweilen ebenso vermutet wie eine, in der Tat nicht unwahrscheinliche, Nähe zu den Drogenbaronen, die im *Alto Huallaga* operieren. Ständig stehen neue, schwerwiegende Anschuldigungen gegen Montesinos zur Debatte. Derzeit geht es beispielsweise

gerade um eines seiner Bankkonten in Lima, auf das monatlich (!) etwa 220.000 US-Dollar eingezahlt werden, Quelle unbekannt. Dennoch scheinen von der Opposition immer wieder geforderte Untersuchungen gegen ihn unmöglich zu sein. Der Ex-Militär, der noch 1976 u.a. wegen Urkundenfälschung aus dem Militärdienst unrühmlich entlassen worden war, ist so zu einer unantastbaren Person geworden, die in einem seltsam anmutenden Automatismus ständig von einem Heer Regierungspolitiker verteidigt und in Schutz genommen wird. Zudem ist es Montesinos im Laufe der Zeit gelungen, nahezu alle Schlüsselpositionen innerhalb des Militärapparates mit loyalen Personen zu besetzen. Leider ist zu befürchten, dass auch der Wahlausgang von dieser „dunklen Seite der Macht“ negativ beeinflusst wird. Ausländische Wahlbeobachter sind jedenfalls schon angereist.

Politisches Gewicht der Opposition: ernüchternd schwach

Obwohl das Unbehagen gegenüber dem Regime Fujimori in der Gesellschaft spürbar wächst, sind die Unsicherheit und das Misstrauen bezüglich der beiden aussichtsreichsten Gegenkandidaten für die Präsidentschaftswahlen, Alberto Andrade (*Somos Peru*) und Luis Castañeda (*Solidaridad Nacional*), mindestens ebenso groß, was die Umfrageergebnisse immer wieder zeigen. Wie schon 1995, so scheinen auch diesmal die politischen Gegner Fujimoris nicht stark genug zu sein, um seine Wiederwahl zu verhindern. Und genau wie 1995 müssen die Gegenkandidaten einem Regierungsapparat, der gleichzeitig Wahlkampfmaschinerie ist, Stärke und Glaubwürdigkeit entgegensetzen. Ein Regierungsprogramm, das eine inhaltliche Erneuerung der Politik verspricht, ist indes sowohl bei Andrade als auch bei Castañeda kaum auszumachen. Die Anziehungskraft Andrades, amtierender Bürgermeister von Lima, und seiner Bewegung *Somos Peru* beschränkt sich auch weiterhin vorwiegend auf Lima. Immerhin kann er auf fünf Jahre relativ erfolgreiche Amtszeit zurückblicken. Luis Castañeda dagegen ist als ehemaliger Präsident des nicht mehr existierenden *Instituto Peruano de Seguridad Social* bislang ein politisch noch unbeschriebenes Blatt.

Ein noch im Dezember geplantes Wahlbündnis zwischen Andrade, Castañeda und Alejandro Toledo (*Perú Posible*) ist mittlerweile gescheitert, so dass die drei Kandidaten und ihre politischen Gruppierungen nun getrennt in die Wahlen gehen werden. Das Wahlbündnis kam u.a. des-

halb nicht zustande, weil Meinungsumfragen im Dezember 1999 allen drei Kandidaten zusammen kaum 37% der Stimmen prognostizierten, Fujimori dagegen 45%. Das peruanische Wahlsystem, bei dem der Präsident im ersten Wahlgang nur mit der absoluten Mehrheit gewählt werden kann, lässt viel Raum für Spekulationen und Hoffnungen auf einen vermeintlichen zweiten Wahlgang, an dem nur die beiden erfolgreichsten Kandidaten aus dem ersten Wahlgang teilnehmen dürfen. Die Hoffnung aller drei Kandidaten auf eben diesen zweiten Platz war sicherlich der Hauptgrund für das Nichtzustandekommen des Bündnisses. Auch die letzten Umfragen zeigen Fujimori weiter an der Spitze mit ungefähr 40%, während Andrade auf 17% und Castañeda auf 13% kommen. Offizielle Umfrageergebnisse sind allerdings mittlerweile kaum noch vertrauenswürdige Indikatoren der allgemeinen Stimmungslage in der Bevölkerung, da die Diskrepanz in den Ergebnissen zwischen den wichtigsten Umfrage-Instituten bis zu 14 Prozentpunkte beträgt. So erzielte Fujimori nach einer der letzten Umfragen von *Apoyo* 46% der Stimmen, der Universität von Lima zufolge jedoch lediglich 32%. Der Grund dafür liegt in der politischen Polarisierung der Institute. So munkelt man etwa, dass *Apoyo* einen sehr lukrativen Vertrag mit der Regierungsseite eingegangen sein soll.

Fujimori selbst geht mit einer politischen Allianz in die Wahlen, die den Namen *Perú 2000* trägt und erst im Dezember 1999 als Antwort auf ein mögliches Wahlbündnis der Opposition ins Leben gerufen wurde. *Perú 2000* besteht aus den Gruppen des derzeitigen Regierungsbündnisses *Cambio 90* und *Nueva Mayoría* sowie aus den vermeintlich unabhängigen Gruppierungen *Movimiento Independiente Vamos Vecino* und *Frente Nacional Independiente Perú 2000*. In Wahrheit sind diese Gruppierungen Fujimori-Treue „Ableger“, künstliche Produkte sozusagen, die erst im Laufe des vergangenen Jahres in die politische Arena lanciert wurden.

Auch das restliche politische Spektrum mutet gegenwärtig eher folkloristisch an und ist symptomatisch dafür, in welcher Weise Politik und Gesellschaft in Peru in den 90er Jahren geprägt worden sind. Was dabei auf den ersten Blick nach politischer Vielfalt aussehen mag, entpuppt sich bei näherem Betrachten jedoch als ein in pro und contra Fujimori polarisiertes Szenarium. Auf der einen Seite stehen die regierungstreuen Ableger, von denen 1999 neben den bereits genannten eine ganze Reihe weiterer entstanden sind: *Nueva Democracia*, *Renacimiento*

Andino, Fuerza Andina, Poder 2000, Frente Unido Solidaridad, Partido Republicano Peruano, Juventud Nación, Frente Cívico en Acción und Integración Perú. Auf der anderen Seite finden wir eine zersplitterte Opposition. Neben den bereits erwähnten Gruppierungen *Somos Perú* und *Solidaridad Nacional* tummeln sich hier *Frente Independiente Moralizador, APRA, Perú Posible, Acción Popular, Partido Popular Cristiano, Unión por el Perú, Movimiento por la Democracia, Perú Ahora, Fuerza Perú* und *FRENATRACA*. Interessant ist, dass sich einige ehemalige Politiker traditioneller Parteien als Leitfiguren unabhängiger Bewegungen wiederfinden. Für den Wahlausgang freilich wird keine dieser Gruppierungen eine Rolle spielen.

So offeriert ein Blick auf das gegenwärtige Szenarium wenig, was auf eine zukünftige politische Erneuerung und die Schaffung einer tatsächlichen demokratischen Repräsentanz in Peru hindeutet. Die Veränderungen scheinen vielmehr in der Zivilgesellschaft stattzufinden. Auf der politischen Ebene hingegen hat dieser Wandel bislang keine Entsprechung gefunden. Eine Wiederwahl Fujimoris (wenn auch möglicherweise erst im zweiten Wahlgang) ist das Wahrscheinlichste. Dabei sind Überraschungen nicht auszuschließen, denn die Wahlintention vieler Wähler steht, wie meistens in Peru, auch kurz vor den Wahlen noch nicht fest. Die Wiederwahl Fujimoris würde die Fortsetzung einer Politik bedeuten, die den gesamten staatlichen Machtapparat in der Exekutive zentralisiert und, je nach Notwendigkeit, populistisch instrumentalisiert. Die Hoff-

nung auf eine rechtsstaatliche Erneuerung würde zunichte gemacht.

Auch die übrigen politischen Akteure, die Opposition also, scheinen nicht in der Lage oder nicht Willens, eine politische Institutionalität und Repräsentanz „von unten“ aufzubauen, die über die Loyalität zu dem jeweiligen Präsidentschaftskandidaten hinausgeht und die Kluft zwischen ziviler Gesellschaft und Staat überwinden könnte. Fast alles spricht also für die Fortsetzung des Populismus in Peru, nur sehr wenig dagegen für die Wiederherstellung einer repräsentativen Demokratie.

Literatur und Internet-Quellen

Degregori, Carlos Iván und Grompone, Romeo (1991): *Demonios y redentores en el nuevo Perú. Una tragedia en dos vueltas.* Serie MINIMA, IEP, Lima

Grompone, Romeo und Mejía, Carlos (1995): *Nuevos tiempos, nueva política.* Serie MINIMA, IEP, Lima

Panfichi, Aldo und Sanborn, Cynthia (1995): *Democracia y neopopulismo en el Perú.* In: *Márgenes*, Año VII, Nr. 13/14: 43-67

Roth, Joachim (1998): *Peru: der Weg in eine Gelegenheitsdemokratie.* In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*, 15(1998)37: 55-69

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL): *Balance Preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 1999*

Resumen Semanal, DESCO, Lima:
<http://www.desco.org.pe/rs-in.HTM>

Que Hacer, DESCO, Lima:
<http://www.desco.org.pe/gh/gh-in.htm#QH>

Caretas: <http://www.caretas.com.pe/>

Autorennotiz: Andreas Steinhilf, Ethnologe, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde. Länderschwerpunkte: Peru, Ekuador und Bolivien. Themenschwerpunkte: Informeller Sektor, Migration, soziale Netzwerke und Multikulturalität. E-mail: steinhauf@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>